

10.12.2014 - 10:20 Uhr

Politik und Arbeitgeber müssen ernsthaft inländische Fachkräfte fördern

Zürich (ots) -

Der Ständerat berät am 11. Dezember mehrere Vorstösse, welche die Bekämpfung des Fachkräftemangels zum Thema haben. Die Angestellten Schweiz fordern den Rat auf, konkrete politische Massnahmen zur Förderung von inländischen Fachkräften zu unterstützen. Die Arbeitgeber sind aufgerufen, das Potenzial inländischer Fachkräfte endlich besser zu nutzen. Die Angestellten Schweiz stellen aus Gesprächen mit Mitgliedern fest: Die Zuwanderungsinitiative und kürzlich die Ecopop-Initiative haben so viel Zustimmung erhalten, weil sich viele Angestellte trotz dem vielbeschworbenen Fachkräftemangel grosse Sorgen machen um ihre Stelle - oder diese sogar verloren haben. Zu lange haben Unternehmen den Fachkräftemangel damit umgangen, dass sie im Ausland rekrutiert haben. Nun gilt es umzudenken und das Potenzial in der Schweiz voll auszuschöpfen. Dieses ist vorhanden: Es gibt noch viele Frauen, die in kleinen Teilzeitpensen arbeiten, ältere Mitarbeiter, die gerne weiterarbeiten würden und nicht zuletzt arbeitslose Fachkräfte. Diverse Politiker haben die Zeichen der Zeit erkannt, die Arbeitgeber leider erst teilweise. Der Ständerat diskutiert in der morgigen Sitzung vier Vorstösse zum Thema Fachkräftemangel: - Motion "Titeläquivalenz für die höhere Berufsbildung" (Matthias Aebischer) - Postulat "Lagebeurteilung zur Titeläquivalenz in der höheren Berufsbildung" (WBK-SR) - Motion "Gesetzliche Änderungen zur Förderung inländischer Arbeitskräfte" (Brigitte Häberli-Koller) - Motion "Fonds für Qualifizierungsinitiative in der beruflichen Grundbildung von Bund, Kantonen und OdAs" (Anita Fetz) Die Angestellten Schweiz unterstützen die Motion Aebischer. Sie erachten deren Vorschläge als zielführend. Der Verband fordert den Ständerat auf, nicht dem Bundes- sondern dem Nationalrat zu folgen und die Motion anzunehmen. Das Postulat der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates zielt in die gleiche Richtung und wird von den Angestellten Schweiz auch unterstützt. Ebenso spricht sich der Verband für die Motion von Brigitte Häberli-Koller aus. Den vorgeschlagenen Fonds betrachten die Angestellten Schweiz hingegen als übertriebene staatliche Intervention. Der Druck für die Qualifizierung muss von "unten", von den Betrieben und den Angestellten kommen und nicht von "oben" vom Staat verordnet werden. Die Angestellten Schweiz fordern im Weiteren die Arbeitgeber auf, ihren Beitrag zur Förderung der inländischen Fachkräfte zu leisten. Dies umfasst: - Förderung der Qualifikation der Mitarbeitenden. - Berücksichtigung von inländischen Fachkräften bei der Rekrutierung von neuem Personal. - Wertschätzung der Leistung der Angestellten.

Kontakt:

Hansjörg Schmid, Kommunikation Angestellte Schweiz, 044 360 11 21,
076 443 40 40

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100006251/100765888> abgerufen werden.